

## Wirtschaftsuniversität wirbt um arme Studenten

WU-Botschafter sollen künftig an Schulen kommen.

Wien. Derzeit kommen an der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien nur acht Prozent der Studierenden aus einer niedrigen sozialen Schicht. Mit Werbeaktionen an Schulen mit vielen sozial benachteiligten Jugendlichen, Mentorenprogrammen und speziellen Stipendien für diese Gruppe will WU-Rektorin Edeltraud Hanappi-Egger künftig die soziale Durchmischung an der Uni verbessern.

„Ich sehe es als gesellschaftliche Aufgabe von Universitäten, junge Menschen, die für ein Studium geeignet sind, sich das aber vielleicht noch gar nicht überlegt haben oder aber nicht leisten könnten, zu fördern“, sagt Hanappi-Egger. Um mehr Schüler aus sozial schwachen Familien für ein WU-Studium zu interessieren, werden die Besuche von WU-Botschaftern an Gymnasien, berufsbildenden höheren Schulen und den letzten zwei Klassen der Neuen Mittelschule (NMS) ausgebaut. Bei Schulbesuchen auf dem Uni-Campus können Studieninteressierte sich künftig außerdem im Gespräch mit Studienabsolventen und Professoren konkret über Studienalltag, Berufsperspektiven und Forschungspraxis informieren. Bei sogenannten Pre-Study-Workshops hilft die Uni bei der Vorbereitung auf die vorwissenschaftliche Arbeit und klärt über die Unterschiede von Schule, Uni und FH auf.

### 500 Euro pro Monat

Als Pilotprojekt werden ab dem Herbst 2016 unter dem Titel WU4You zudem spezielle Stipendien zur Förderung von begabten Schülern aus einkommensschwachen Familien vergeben. Maximal zwölf Bachelorstudenten erhalten bis zu sieben Semester lang 500 Euro pro Monat. Das Stipendium soll sicherstellen, dass diese sich auf ihr Studium konzentrieren können und so die Gefahr des Studienabbruchs verringern. Außerdem gibt es Mentoren zur Unterstützung im Studienalltag und bei Bedarf individuelle Betreuung – mitunter auch durch emeritierte Professoren. (APA)

## NACHRICHTEN

### 30 Euro mehr für ältere Studenten

Der Nationalrat beschließt heute die Novelle des Studienförderungsgesetzes. Damit erhalten Studienbeihilfebezieher über 27 Jahre künftig mehr Geld – monatlich 30 Euro zusätzlich.

### Auszeichnung für sieben Hochschullehrer

Sieben Hochschullehrer wurden je mit dem mit 7000 Euro dotierten Ars-docendi-Staatspreis geehrt: drei an der Wirtschaftsuniversität, drei an der Universität Wien und einer an der Fachhochschule Salzburg. Nominiert wurde von Studenten, Rektoren und Kollegiumsleitungen.

### Neuer Kommandant für Militärakademie

Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) hat Brigadier Karl Pronhagl (54) zum Kommandanten der Militärakademie in Wiener Neustadt bestellt.

# „Unis sind Feindbild für Identitäre“

**Rektorenchef.** Oliver Vitouch sieht Parallelen zur NS-Zeit und will seine Lehrenden nun coachen. Würde man Ländergeld in **Universitäten** stecken statt in FH, bekäme man mehr fürs gleiche Geld.

VON BERNADETTE BAYRHAMMER

**Die Presse:** Identitäre stürmten am Donnerstag eine Vorlesung über Flucht und Asyl an der Uni Klagenfurt. Eine Lehrveranstaltung muss nach der Störaktion nun unter Polizeischutz stattfinden. Fürchten Sie, dass sich so etwas wiederholt?

**Oliver Vitouch:** Lehrveranstaltung unter Polizeischutz halte ich für übertrieben. Wir haben den Verfassungsschutz informiert, und es ist zu erwarten, dass dieser ein Auge darauf hat. Was mir aber wichtig ist: dass wir ein offenes Haus bleiben. Es ist auch ein Ziel solcher Stör- und Drohkaktionen, überzogene Sicherheitsvorkehrungen hervorzurufen. Wir werden denen nicht den Gefallen tun, die Schotten dichtzumachen. Aber wir werden das Thema Sicherheit stärker mitdenken.

### Was wird denn das bedeuten?

Wir werden die Augen offen halten. Konkret überlegen wir Trainings für Lehrende dazu, wie man mit Störfällen kompetent umgeht. Aber da geht es nicht um Jiu Jitsu.

**Es ist nicht das erste Mal, dass die Identitären an die Uni gehen. Zuletzt störten sie eine Theateraufführung an der Uni Wien.**

Sie haben sich die Veranstaltungen spezifisch ausgesucht. Und so sehr auch betont wird, das sei kreativer Protest, ist der eigentliche Zweck unübersehbar: den Personen, die sich für diese Themen interessieren, und den beide Male anwesenden Flüchtlingen zu signalisieren: Ihr seid hier nicht sicher.

**Ist auch im Fokus, wofür die Universität als solche steht?**

Ganz sicher, weil sie für Internationalität, Offenheit, vernunftgeleiteten Zugang steht und nicht für reflexhafte Reaktionen. Schon gar nicht in Richtung verhetzender Vereinfachungen, bei denen es einfache Schuldige und einfache Lösungen gibt. Das sind tatsächlich Sachen, die im Dritten Reich passiert sind.

**Sie sehen also klare Parallelen.**

Ein Stück weit dockt man an das leider wieder an. Daher weiß man nicht, ob man lachen oder weinen soll. Zum einen sind das lächerliche Inszenierungen. Zum anderen



Der Klagenfurter Rektor Oliver Vitouch (45) ist seit einer Woche **Präsident der Universitätenkonferenz**.

[AAU]

fühlt man sich – so sehr sie sich bemühen, ihre Symbolik zu verkapern und auf Armeslänge von Verbotsgesetz und Strafrecht entfernt zu bleiben –, an die Anfänge der SA erinnert. Das beginnt beim Logo und geht bis zu den Stoßtrupps.

**Sie positionieren sich hier sehr klar. Darf, soll, muss man das als Rektor einer Universität?**

Ich bin überzeugt, dass die Unis den Auftrag haben, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen und nicht nur auf die oberflächlichen Inszenierungen zu achten. Daher sind sie für die sogenannten Identitären auch ein Feindbild. Das wird dann in das Eck gestellt, dass mit staatlichen Mitteln Propaganda betrieben würde.

**Tatsächlich wird immer wieder so argumentiert.**

Aber Aufgabe der Unis ist es, Licht hinter die Dinge zu bringen. Dass wir das tun und dass wir uns ernsthaft um Integration und Bildungsangebote für Migranten bemühen, wird uns zum Vorwurf gemacht.

**Ein anderes Thema: Der Bund darf Privatunis nicht finanzieren, Länder stecken aber Geld hinein. Wünschen Sie sich neue Regeln?**

Ich orte hier einen eigenartigen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Dort, wo privat draufsteht, sollte auch privat drin sein – und nicht Steuergeld. Das sogenannte Private ist hier vielfach Etikettenschwindel.

**Müsste man die Pläne für die geplante private Medizinuni in Tirol stoppen, an der die Landespolitik bastelt?**

Man sollte sich sehr gut anschauen, ob das eine sinnvolle Verwendung öffentlicher Mittel ist.

**Sollte den Bundesländern ähnlich wie dem Bund verboten werden, Privatunis zu finanzieren?**

Natürlich denkt niemand daran, den Privatunis plötzlich die öffentliche Finanzierung zu entziehen. Aber man muss sich eine Regelung überlegen, die nicht dazu führt, dass der Bund aus der rechten und das Land aus der linken Hosentasche zahlt, letztlich alles aus Steu-

ergeldern, zum Teil doppelt und dreifach. Und so auch sehr schiefe Wettbewerbsbedingungen schafft.

**Da sprechen Sie jetzt auch von den Fachhochschulen.**

Auch da gibt es ein eigenartiges Bild. Manche Bundesländer finanzieren Länge mal Breite dazu. Eine wesentliche Ansage des Wissenschaftsressorts ist derzeit: Das System muss effizienter werden. Gleichzeitig wird argumentiert, das gelinge am besten, indem man den FH-Sektor vergrößert. Da wird vorgegaukelt, die Fachhochschulen seien billiger und effizienter. Wenn man sich die tatsächlichen Kosten anschaut, stellt man aber fest, dass die FH derzeit vielfach die teureren Institutionen sind.

**Und die Unis die effizienteren?**

In manchen Fällen muss man tatsächlich sagen: Wenn man die Mittel, die das Bundesland in eine Fachhochschule steckt, der Universität gäbe, würden wir deutlich effizienter damit umgehen. Man bekäme mehr für das gleiche Geld.

## Wenn Kindergartenpflicht, dann ohne Opt-out

**Diskussion.** Familienministerin Sophie Karmasin hält wenig von Ausnahmen beim paktierten zweiten Kindergartenjahr. Ende Juli soll klar sein, welche Ressourcen es für den Bildungskompass braucht. Der unter Experten umstritten ist.

Wien. Ein Punkt der Bildungsreform, der vielfach kritisiert wurde, ist für Familienministerin Sophie Karmasin (ÖVP) kein Thema: Dass Eltern ihre Kinder nach drei Monaten wieder vom paktierten zweiten Kindergartenjahr abmelden können, stehe derzeit nicht zur Diskussion. „Ich finde diese Opt-out-Variante nicht sehr kindgerecht und auch nicht zielführend“, so Karmasin. „Wenn, dann muss es ein zweites Gratiskindergartenjahr für alle sein.“

Die Opt-out-Variante hatte der Pädagogikprofessor Wilfried Datler bei der „Presse“-Debatte am Montag zuvor recht heftig kritisiert. Einer von vielen Kritikpunkten am Elementarpädagogikpaket der Bildungsreform, das Karmasin zwar nicht ausverhandelt hatte – das sie aber nun (teils) umsetzen soll. Das zweite Kindergartenjahr scheint in ihren Augen ohnehin nicht zu drängen: 95 Prozent der Vierjährigen seien bereits im Kindergarten. Es stelle sich die Frage, ob es die

Verpflichtung brauche – die ja mit Kosten verbunden ist – oder ob Gespräche mit den Eltern der übrigen fünf Prozent reichen. Diese wurden kürzlich gestartet und laufen bis 2018. „Vorher muss man nicht handeln. Aber man kann handeln.“

Konkreter – aber umso umstrittener – ist der Bildungskompass, mit dem die Entwicklung der Kinder ab dreieinhalb Jahren dokumentiert werden soll, damit auch Volksschullehrer besser über die Kinder Bescheid wissen. Bis Ende Juli legt eine Arbeitsgruppe ein Konzept vor: Es soll ein Beobachtungsinstrument sein, das auf motorische, sprachliche, kognitive und soziale Fertigkeiten abstellt. Die Experten – geführt vom Charlotte-Bühler-Institut – legen dann auch vor, welche Ressourcen die

Umsetzung braucht: von der Ausbildung der Pädagogen bis zu zusätzlichen Stunden. Dann werde mit Ländern und Finanzministerium verhandelt, sagt Karmasin.

Die Pädagogin Nina Hover-Reisner von der FH Campus Wien hält den Plan für löslich, aber sehr komplex: „Es bräuhete zuerst einmal Klarheit darüber, was das bringen soll und was eine Lehrerin daraus für den Unterricht an Gewinn ziehen kann.“ Der Kinderpsychiater Paulus Hochgatterer drängt darauf, die Pädagogen zu befähigen, miteinander zu reden. „Solange das nicht passiert, wird das Dokumentation wegen.“ Karmasin setzt darauf, dass auch von den Eltern eingefordert wird, dass die Daten berücksichtigt werden. Für den Bildungsforscher Stefan Hopmann

„Ich hätte Horror davor, Eltern mit dem Bildungskompass zur Schuleinschreibung gehen zu lassen.“

Stefan Hopmann

redet. „Solange das nicht passiert, wird das Dokumentation wegen.“ Karmasin setzt darauf, dass auch von den Eltern eingefordert wird, dass die Daten berücksichtigt werden. Für den Bildungsforscher Stefan Hopmann

sind standardisierte Verfahren überhaupt verfehlt. Diese seien nicht geeignet, um einzelne Kinder zu beschreiben. In Skandinavien habe man sich dagegen entschieden. Es gebe eine „zentrale Werkzeugkiste“ mit diagnostischen Tools und Unterstützungspersonal, das man anfordern könne.

Am besten funktioniere eine Form der Kommunikation zwischen Kindergarten und Schule, bei der man sich zusammensetze. Eine für alle verbindliche Standardisierung führe dagegen nicht zu besserer Pädagogik in den Schulen. Dafür zu Nebeneffekten: „Ich hätte Horror davor, Eltern mit dem Bildungskompass zur Schuleinschreibung gehen zu lassen. Sie hätten dann viele Beschreibungen, die mit ihrem Kind wenig, aber mit ihren Gefühlen sehr viel zu tun haben.“

Man werde das auch in die Diskussion einbringen und entsprechend hinterfragen, versprach Karmasin. (beba)